

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

131. Sitzung

von Montag, den 17. Mai, bis Mittwoch, den 19. Mai 2004,
in Kopenhagen/Dänemark

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk

Fehlende Abgeordnete

Holger Astrup (SPD)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Weitere Teilnehmer

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister (am 17. Mai 2004)

Dr. Aloys Altmann, Präsident des Landesrechnungshofs (bis 18. Mai 2004 mittags)

Heinrich Volkers, Persönlicher Referent des Finanzministers (am 17. Mai 2004)

Ole Schmidt, Geschäftsführer des Finanzausschusses

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Informationsreise des Finanzausschusses nach Kopenhagen

Montag, 17. Mai 2004

Um 7 Uhr reist der Finanzausschuss mit Finanzminister Dr. Stegner und Landesrechnungshofpräsident Dr. Altmann vom Landeshaus mit eigenem Bus über die Vogelfluglinie nach Kopenhagen. Mittags empfängt der **Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen**, Herr Dohmes, den Ausschuss und führt in die dänische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Die Mitglieder des Finanzausschusses erfahren, dass die Steuerbelastung und die soziale Absicherung in Dänemark höher ist als in Deutschland, der dänische Arbeitsmarkt völlig flexibel ist (rund 800.000 von 2,5 Millionen Arbeitsplätzen werden jährlich neu besetzt) und der Staat Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet und die Staatsverschuldung abbaut. Die Diskussion konzentriert sich auf die Mängel des dänischen Gesundheitssystems.

Nachmittags besucht der Ausschuss die **Dänische Nationalbank**. Frau Andersen, Präsidentin der Nationalbank, weist unter anderem darauf hin, dass die von einer knappen Mehrheit der Bevölkerung gewünschte Beibehaltung der dänischen Krone, die in einem engen Wechselkursverhältnis zum Euro stehe, keine gravierenden Nachteile für die Wirtschaft des Landes mit sich gebracht habe.

Beim Besuch des **Finanzministeriums** referiert Herr Callesen über die dänische Finanzpolitik und die Finanzierung des dänischen Wohlfahrtsstaates, der im Gegensatz zu Deutschland nicht über Sozialabgaben, sondern über Steuern finanziert wird.

Dienstag, 18. Mai 2004

Beim Gespräch mit dem **Dänischen Kommunalverband** steht die von der dänischen Regierung geplante Kommunalreform im Vordergrund. Der Ausschuss erfährt, dass die gegenwärtig 269 Kommunen in Dänemark zu voraussichtlich 125 Kommunen mit einer Mindestgröße von 30.000 Einwohnern zusammengefasst werden (so genannte breite Kommune), sie ihre eigene Steuerhoheit behalten und ihnen weitere Aufgaben übertragen werden sollen. Aus den

16 Ämtern sollen fünf Regionen werden, die zukünftig nur noch die Aufgabe der Gesundheits- beziehungsweise Krankenhausversorgung wahrnehmen und ihre eigene Steuerhoheit verlieren sollen.

Beim anschließenden Treffen mit Herrn Matlok, dem Leiter des Ständigen Sekretariats der **Deutschen Minderheit**, stehen die Auswirkungen der Kommunalreform auf die Deutsche Minderheit in Nordschleswig (circa 15.000 Personen) im Mittelpunkt. Bei einem Wegfall des Amtes Sønderjylland fordert Herr Matlok von der dänischen Regierung eine politische und finanzielle Absicherung der kulturpolitischen Arbeit der Minderheit (insbesondere Kindergärten und Schulen) durch die Gewährung eines staatlichen Globalzuschusses. Er appelliert an die deutsche Seite, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren und gemeinsame Projekte nicht an Finanzmitteln scheitern zu lassen.

Auf die notwendige Sensibilität der dänischen Seite zugunsten der deutschen Minderheit bei der Strukturreform verweist die Vorsitzende des Finanzausschusses. Sie betont die Bedeutung der Strukturreform sowohl für die deutsche Minderheit als auch für die künftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen mit Herrn Matlok im Folketing unterrichtet Herr Holdt vom **dänischen Verkehrsministerium** den Ausschuss über den Stand der Untersuchungen für eine feste Fehmarnbelt-Querung, die nach den festen Querungen über den Großen Belt und den Øresund die festen Verbindungen im dänischen Teil der Ostsee vervollständigen würde. Die Planungen einer festen Verbindung über den Fehmarnbelt, die als Teil des Transeuropäischen Netzes bis zu 20 % von der EU gefördert werden könnte, wird von dänischer Seite vorangetrieben und insbesondere auch von Schweden gewünscht. Die Brücke, die aus sicherheitstechnischen und finanziellen Gründen einer Tunnellösung vorzuziehen ist, könnte im Jahr 2015 fertig gestellt sein und nach Vorausberechnungen von gut 9.000 Fahrzeugen täglich genutzt werden.

Danach fährt der Ausschuss über die im Sommer 2000 eröffnete **Øresundbrücke** nach Schweden und besichtigt die Maut- und Kontrollstation der Betreibergesellschaft.

Am späten Nachmittag und Abend führt der Ausschuss Gespräche mit der **HSH Nordbank**. Er zeigt sich beeindruckt vom Engagement der Bank im gesamten Ostseeraum. In dieser Wachstumsregion unterhält die HSH Nordbank in allen Staaten Büros und ist die größte deutsche Bank.

Mittwoch, 19. Mai 2004

Am Vormittag informiert sich der Ausschuss im **Rathaus** und im **Grenzgängerzentrum** von Kopenhagen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der boomenden **Øresundregion** (insbesondere das Projekt „Kopenhagen-Malmø-one city“), in der rund 3,2 Millionen Einwohner leben, darunter 120.000 Studierende (mit dem Schwerpunkt auf Zukunftstechnologien), und sich mehr als 300 Unternehmen in den Bereichen Biotechnologie, Pharmazie und Informationstechnologie niedergelassen haben. In erster Linie arbeiten Schweden in Dänemark und wohnen Dänen in Schweden; das Grenzgängerzentrum hilft den Pendlern, Schwierigkeiten zu überwinden, die die unterschiedlichen Steuer- und Sozialsysteme mit sich bringen.

Mittags besucht der Ausschuss abermals das **Folketing**. Er führt mit den Mitgliedern des Finanzausschusses des Folketing Gespräche bei einem gemeinsamen Arbeitsessen.

Anschließend reist der Ausschuss zurück nach Kiel.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäftsführer

Alle während der Ausschussreise von den besuchten Institutionen verteilten Unterlagen können beim Ausschussgeschäftsführer eingesehen werden.